

Stabilisierung



STABILISIERUNG EIN MARKENZEICHEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Kontrolle am Grenzübergang zwischen Amchide (Kamerun) und Banki (Nigeria). ©Stabilisation Platform, Lukasz Mackiewicz

Krisenprävention und Friedensförderung gehören zur außenpolitischen DNA der Bundesrepublik. Stabilisierung ist untrennbar damit verbunden: Sie wirkt konkret, wo Worte nicht ausreichen. Sie ist praktische Friedenspolitik, um humanitäre Notlagen zu mildern oder am besten gar nicht erst entstehen zu lassen.

Ein politischer Baustein für den Weg aus der Krise

Stabilisierung verknüpft flexibel verschiedene Bereiche: politischen Dialog, Stärkung von Rechtsstaat und Demokratie oder Aufbau von Polizei, wo nötig auch kleine Infrastrukturmaßnahmen oder Nothilfe. Stabilisierung ist dabei nicht neutral, sondern ergreift Partei für diejenigen, die an friedlichen Lösungen interessiert sind: von der Landesregierung bis zur Bürgermeisterin, von der Innenministerin bis zum lokalen Polizeichef, von der Bürgerbewegung bis zum Gemeinderat. Stabilisierung schafft Frieden und bereitet Entwicklung vor, indem sie dazu beiträgt, dass Menschen in Krisenländern wieder Vertrauen in ihr Land und ihre Zukunft fassen: sie kehren in ihre Heimatorte zurück und können dort wieder ein Leben in Sicherheit führen.

Stabilisierung als integrierter Ansatz

Stabilisierung ist immer ein ziviler Ansatz, hat aber keine Berührungspunkte, mit dem Militär zusammen zu arbeiten, wenn es einem gerechten und nachhaltigen Frieden dient. Den konzeptionellen Rahmen für das Krisenengagement der Bundesregierung bilden das Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2016, die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ wie auch die EU-Globalstrategie „Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa“.

Die Bundesregierung nutzt dabei die Instrumente der Humanitären Hilfe, Krisenprävention und Stabilisierung, aber auch militärisches Engagement sowie Entwicklungs-

zusammenarbeit. Eine flexible Herangehensweise und die Vielzahl der zur Verfügung stehenden Mittel erlauben es, in komplexen Krisenkontexten die jeweils passenden Maßnahmen zu ergreifen.

Stabilisierung ist angewandte Außenpolitik

Im Auswärtigen Amt stellt Abteilung S (=Stabilisierung) das operative Know-how und die Finanzierung für die „Außenpolitik mit Mitteln“ bereit.

Stabilisierung ist integrierte, pragmatische und tätige Friedenspolitik in zumeist gewalttätigen Krisen.

Sie zielt auf eine schnelle Befriedung und unmittelbare Verbesserung von Lebensumständen und legt so die Grundlagen für Konfliktlösungen. Sie vernetzt sich flexibel mit deutschem, europäischem, internationalem oder nationalem militärischen Engagement und ergänzt die Sicherheitslogik um einen ganzheitlichen zivilen Ansatz. Stabilisierung ist dynamisch, passt sich immer wieder der Lage an und ist bereit, die für die Förderung von Frieden erforderlichen Risiken einzugehen. Die Möglichkeit des Scheiterns gehört zu Stabilisierungseinsätzen dazu.

Abteilung S stellt sich in den Dienst der Diplomattinnen und Diplomaten, die in Krisenländern den politischen Dialog führen, die in Konflikten vermitteln, Partnerschaften und Bündnisse aufbauen und erhalten. Sie gibt den Länder- und Fachreferaten im Auswärtigen Amt Instrumente an die Hand, um internationale politische Prozesse noch effektiver zu gestalten. Dafür standen dem Auswärtigen Amt 2021 rund 600 Mio. Euro zur Verfügung.

Stabilisierungspolitik weltweit und konkret

Ein seit 2015 erstmals im Irak eingesetztes und seitdem ständig weiter entwickeltes Instrument dieser integrierten Friedenspolitik sind die sogenannten Stabilisierungsfazilitäten. Das sind multilaterale Fonds, in die verschiedene Partnerländer Geld einzahlen. Die durch diese Mittel ermöglichten Projekte bringen die relevanten Akteure vor Ort – Polizei, Militär, Regierung, lokale Zivilgesellschaft – an einen Tisch, und bieten einen Anreiz, Konflikte gemeinsam zu entschärfen. Gegenüber der lokalen Bevölkerung treten dabei die Geldgeber nicht offensiv auf. Es gehört zur Logik der Stabilisierungsansätze, dass die Erfolge der international finanzierten und (mit)gesteuerten Projekte den nationalen, regionalen und lokalen Partnern der Stabilisierungsfazilität zugeschrieben werden. Für die Bevölkerung soll so die Rück-

kehr staatlicher Autorität positiv erlebbar werden. Dies ist eine der Lehren aus Afghanistan, die in die Weiterentwicklung des Stabilisierungsansatzes eingeflossen sind.

Risikosteuerung durch Monitoring

Stabilisierung findet in volatilen Kontexten statt. Jedes Engagement in den Krisenregionen der Welt birgt hohe Risiken. Jeder finanzielle Beitrag hat immer auch Auswirkungen auf die lokale Konfliktodynamik. Deshalb ist es wichtig, sich mit Partnern abzustimmen und zugleich Instrumente für eine bessere Risikoabschätzung zu nutzen.

Ein wichtiges Instrument zur Steuerung der Stabilisierungspolitik ist das sogenannte Third Party Monitoring (TPM): Oft haben auch die deutschen Auslandsvertretungen in Krisen- und Konfliktregionen nur begrenzte Zugänge. Gerade in diesen Fällen ist es umso wichtiger, systematisch und dauerhaft das Projekt-Umfeld zu beobachten, um zu erfahren, wer die maßgeblichen Akteure in einzelnen Ortschaften sind und wer von den unterstützten Projekten materiell oder immateriell profitiert. Nur so lassen sich Stabilisierungsmaßnahmen ziel führend steuern. Das Third Party Monitoring, das auf lokale Gewährsleute und vor Ort offen verfügbare Informationen zurückgreift, ermöglicht es dem Auswärtigen Amt mit „Augen und Ohren“ an den schwierigsten Orten der Welt zu sein. Weil dadurch die Auswirkungen der Projektarbeit detailliert nachvollziehbar sind, kann das Auswärtige Amt auch in hochfragilen Kontexten international Verantwortung übernehmen.

BEISPIELE DEUTSCHER STABILISIERUNGSPOLITIK

1. Stabilisierungsfazilität am Tschadsee

In der westafrikanischen Tschadsee-Region, an der Grenze zwischen Nigeria und Kamerun, war aufgrund der Überfälle der Terrororganisation Boko Haram die Sicherheitslage so angespannt, dass seit 2014 die Grenzen geschlossen waren – mit verheerenden Folgen für die Versorgung der Bevölkerung. Seit 2019 realisiert die vom Auswärtigen Amt maßgeblich konzipierte und von UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) verwaltete Tschadsee-Fazilität Maßnahmen in der Grenzregion, die eine Rückkehr staatlicher Strukturen und Grunddienstleistungen und damit auch die Öffnung des Grenzübergangs ermöglichten. Ein Stabilisierungs-Komitee aus Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Behörden, Zivilgesellschaft und Sicherheitskräften koordiniert die lokalen Akteure. Beispielsweise plant und überwacht es das Anlegen einer Umfriedungsmauer zum Schutz gegen Angriffe von Boko Haram, den



Die Tschadsee-Region Niger, Tschad, Kamerun und Nigeria. ©AA, PREVIEW

Bau von Polizeiposten oder provisorischen Schulräumen oder es organisiert Menschenrechts-Fortbildungen für Sicherheitskräfte. Die Bereitstellung von Startkapital für kleinere Handwerksbetriebe und Geschäfte kurbelt die lokale Wirtschaft an. Auf diese Weise kommt Boko Haram nicht nur militärisch, sondern auch politisch unter Druck und es wird der Weg für entwicklungspolitische Maßnahmen eröffnet.



Ein Dorf im Norden Kameruns. ©Stabilisation Platform, Lukasz Mackiewicz

2. Friedensprozess in Kolumbien

Mit dem Friedensabkommen von 2016 beendete die kolumbianische Regierung und die größte Guerillagruppe FARC einen gut 50 Jahre währenden Konflikt in Kolumbien, der zu mehr als 200.000 Toten und rund 6,8 Mio. Binnenflüchtlingen geführt hatte. Das Auswärtige Amt stellt

für die Umsetzung des Friedensabkommens jährlich mehr als fünf Millionen Euro bereit. Es unterstützt damit u.a. die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden, die Arbeit der Wahrheitskommission, des Komitees für die Suche nach Verschwundenen und hilft vulnerablen Gruppen – wie beispielsweise Kindern – bei der Aufarbeitung der erlittenen Gewalterfahrung.

Das Ende des Konflikts mit der FARC hat in ländlichen Regionen mit geringer staatlicher Präsenz stellenweise ein Machtvakuum hinterlassen, das häufig von bewaffneten Gruppen und der organisierten Kriminalität gefüllt wurde. Die Akzeptanz in der Bevölkerung dieser Regionen für den Friedensprozess wird regelmäßig auf eine harte Probe



Teilnehmende des Projekts: „Youth-led Peace and Reconciliation in Colombia - Ein transformativer Ansatz“. ©UNITAR, Juan Sebastian López

gestellt, weil Menschen, die sich für Menschenrechte, Einhaltung von Umweltstandards und Versöhnung einsetzen, immer wieder von Gewalt bedroht werden. Mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt das Auswärtige Amt lokale Gemeinden, Frauen und indigene Gruppen, eigene Schutzkonzepte zu entwickeln und sich bei staatlichen Institutionen auf lokaler und nationaler Ebene Gehör zu verschaffen. Diese besonders von Gewalt bedrohten Gruppen beteiligen sich so aktiv am Friedensprozess, statt zu resignieren und sich abzuwenden.

3. Wiederaufbau in Mossul

Nach fast einem Jahr schwerster Kämpfe konnte im Juli 2017 die nordirakische, multiethnische Millionen-Stadt Mossul von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) befreit werden. Die Stadt war schwer zerstört und große Teile des Stadtgebietes vermint. Viele ihrer Bewohner waren geflohen und staatliche Basisdienstleistungen



Deutschland unterstützt den Wiederaufbau des zerstörten Gerichtsgebäudes in Mossul. ©UNDP

waren kaum verfügbar. Um die Rückkehr der geflüchteten Bewohnerinnen und Bewohner Mossuls zu erreichen, musste die Stadt schnellstmöglich gesichert werden. Deshalb unterstützte das Auswärtige Amt unmittelbar nach der Befreiung der Stadt durch Kampfmittelentsorgung und Maßnahmen zum Wiederaufbau der Infrastruktur.

Somit konnten die Menschen schnell zurückkehren, der irakische Staat wurde von der Bevölkerung als legitimer Akteur wahrgenommen und auch ein Wiedererstarken des IS wurde verhindert.

Trotz großer Fortschritte beim Minenräumen und Wiederaufbau und der Rückkehr von ca. drei Viertel der Binnenvertriebenen bleibt für die Stabilisierung des Iraks noch viel zu tun. Auch wenn der IS zwar in der Fläche geschlagen ist, wirken seine Ideologie und seine Verbrechen bis heute nach. Die gesellschaftliche Aussöhnung, Traumabewältigung und die Aufarbeitung der IS-Verbrechen werden noch Jahre dauern. Deutschland wird deshalb auch in Zukunft den Irak und seine Bevölkerung bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützen.

FAZIT

Außen- und sicherheitspolitische Stabilisierung verfolgt pragmatisch und mit angemessener Sorgfalt eine integrierte Friedenspolitik. Dieses selbstbewusste, integrierte außenpolitische Auftreten und der Einsatz von Stabilisierungsinstrumenten verlangt Umsicht sowie eine gewisse politische Risikobereitschaft. Das Agieren in den schwierigsten Regionen dieser Welt erfordert nicht nur realistische Ziele, sondern auch Demut vor der Aufgabe. Kein leichtes Unterfangen! Trotzdem: Deutschland muss gegenüber den Menschen in Kriegs- und Krisengebieten Verantwortung übernehmen und darf das Ziel des Friedens niemals aus den Augen verlieren.

IMPRESSUM

Auswärtiges Amt
Steuerungsgruppe Strategische Kommunikation
(Referat 607)
607-S@diplo.de
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Inhalt:
Auswärtiges Amt
Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung,
Friedensförderung und humanitäre Hilfe

Sie können die Features des Auswärtigen Amts auch gratis abonnieren. Bitte wenden Sie sich dafür an die Steuerungsgruppe Strategische Kommunikation unter 607-S@diplo.de

Weitere Informationen auf unseren digitalen Kanälen:

diplo.de/krisenpraevention
Twitter: @AA_stabilisiert